Gremium	Termin	Status
Ortsbeirat Ruchheim	29.01.2024	öffentlich

**Anfrage der GRÜNEN-Ortsbeiratsfraktion
Unbeantwortete Fragen zum Haushalt - betrifft Ortsbeiratssitzung vom
20.11.2023**

Vorlage Nr.: 20247522

Stellungnahme der Verwaltung

Anbei eine gemeinsame Stellungnahme aus den Dezernaten 2 und 4

Zu den Fragen aus dem Ortsbeirat Ruchheim nimmt die Verwaltung folgendermaßen Stellung:

1. Der Stadt stehen nach Presseberichten 12 Mio. für den HH 24 zur Verfügung, was bedeutet das für die investiven und konsumtiven Ausgaben der Stadt und des Stadtteils Ruchheim?

Wir können die genannten 12 Mio. EUR nicht nachvollziehen. Sofern es sich um die 11,8 Mio. EUR Gewerbesteuerertrag (brutto vor Gewerbesteuerumlage) handeln sollte bezieht sich dieser auf das Jahr 2023. Der Stadt Ludwigshafen stehen laut Haushaltsplan für das Jahr 2024 voraussichtliche Gesamterträge von 758.449.131 EUR zur Verfügung.

2. Welche konkreten Auswirkungen auf den HH-Ansatz für den Stadtteil Ruchheim hat der prekäre Stadthaushalt?

Es gibt keinen Haushaltsansatz für einzelne Stadtteile. Die Maßnahmen der Stadtteile sind Bestandteil des Haushaltsplanes der Stadt Ludwigshafen. Die Einschränkungen der Genehmigung durch die Kommunalaufsicht und die Vorgaben der Gesetze und Verordnungen treffen auf alle Maßnahmen der Stadtverwaltung und damit auf das gesamte Stadtgebiet zu.

3. Die Aufforstung mit der Neuanpflanzung von Bäumen wurde für 2024 zugesagt, wird es dabei bleiben?

Das Straßenbaum-Nachpflanzprogramm für Ruchheim soll in der Pflanzsaison 2024/2025 über KIPKI-Fördermittel des Landes RLP finanziert werden – und zwar zu

100%. Diese Mittel wurden mittlerweile vom Land bewilligt. Es ist von einer planmäßigen Umsetzung unabhängig von der stadtinternen HH-Lage auszugehen.

4. Welche Maßnahmen, die den Stadtteil Ruchheim betreffen, wurden gestrichen, reduziert oder verschoben?

Die ortsteilbezogenen Investitionen wurden dem OBR Ruchheim bereits für die Sitzung am 20.11.2023 zur Verfügung gestellt. Die grundsätzlichen Budgets der Bereiche wurden vom Stadtrat beschlossen und können dem Haushaltsplan für das Jahr 2024 entnommen werden. Für die Umsetzung konkreter Einzelmaßnahmen sind die Budgetverantwortlichen im Rahmen ihrer vom Stadtrat zugewiesenen Budgets eigenverantwortlich zuständig. Eine stadtweite Gesamtübersicht von geplanten Einzelmaßnahmen im nicht-investiven Bereich (insbesondere erhaltende Maßnahmen) gibt es nicht.

Stellungnahme aus dem Dezernat 4: Der Bereich 4-13, Gebäudewirtschaft setzt im nächsten Haushaltsjahr 2024 die investiven Maßnahmen GVS Gemeinschaftshaus Ruchheim und GVS KTS Ruchheim fort. Hierbei handelt es sich um Brandschutzmaßnahmen, die in die Zuständigkeit des Bereiches 4-13 fallen. Somit sind diese Maßnahmen kein Bestandteil der Priorisierungs-Liste BfB. Es müssen im Haushaltsjahr 2024 keine weiteren Mittel bereitgestellt werden. 4-13 greift auf die bereits verfügbaren Mittel aus dem Haushaltsjahr 2023 zurück.

In einzelnen Fällen ist nicht ausgeschlossen, dass z.B. bei Schulprojekten sowohl Bedarfsdeckungen als auch Brandschutzmaßnahmen umgesetzt werden. Voraussetzung hierfür sind vorhandene Personalkapazitäten.

Zurückgestellt werden musste die Geh- und Radwegverbindung südlich der RHB-Trasse und nördlich der Königsberger Straße vom Bereich 4-14, Tiefbau.

5. Gibt es ortsteilbezogene Maßnahmen, die Priorität haben, bzw. unabweisbar sind? Bei Investitionen sind grds. die Vorschriften der VV 4.1.3. zur § 103 GemO zu berücksichtigen. Es kann also keine Maßnahmen geben, die nicht unabweisbar sind. Die Begründung einer Unabweisbarkeit obliegt den Budgetverantwortlichen.

6. Wirkt sich die finanzielle „Notsituation“ auch auf die Personalsuche (Erzieherinnen) aus?

Grundsätzlich nicht. Mittelbar ist zu berücksichtigen, dass Maßnahmen zur Attraktivierung der Arbeitsplätze oder des -umfeldes, die einen Finanzbedarf auslösen und keinen gesetzlich Vorgaben unterliegen, nicht umgesetzt werden können. Dadurch entsteht Ludwigshafen auf dem Arbeitsmarkt ggfs. ein Nachteil im Vergleich zu anderen Arbeitgebern.

7. Wie wirkt sich die HH-Lage auf künftige Anträge des Ortsbeirats aus?

Die den Ortsbeiräten zustehenden Rechte auf Grundlage des § 75 GemO sind unabhängig von der Haushaltslage zu wahren.

8. Wirkt sich die HH-Lage auch auf die Aktualisierung bzw. den Zeitplan zur Erstellung des geänderten FLP aus?

Im Budget von 4-12 sind im Haushaltsplan Mittel für die FNP-Fortschreibung berücksichtigt. Es bleibt die Genehmigung des Haushaltsplans abzuwarten.

9. Liegt inzwischen eine Stellungnahme der ADD zu den Nachtragshaushalten vor? Der 1. und 2. Nachtragshaushalt 2023 wurden noch in 2023 genehmigt.

10. Welche Planungskosten/Vorplanungen für einen Radschnellweg entlang des geschützten Affengrabens sind der Stadt bisher entstanden?

Welche Kosten sind für den Kauf von Fläche südl. Rhein-Haardt-Bahn für die Stadt angefallen?

Wie bereits in einer früheren Stellungnahme erläutert, belaufen sich die bisherigen Ausgaben unter 1.000 Euro. Von Seiten 4-14 wurde kein Grunderwerb für das Projekt veranlasst, da keine Planung für einen Radschnellweg entlang des Affengrabens vorliegt.